

Wissenschaftsfreiheit ist unerlässlich für unabhängige Forschung und Lehre sowie die Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen

Der Vorstand der DGPUK, 28. April 2025

Die Bundesregierung für die 21. Legislaturperiode bestehend aus CDU/CSU und SPD formiert sich. Das neue Ministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt soll künftig von Dorothee Bär (CSU) geführt werden. Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPUK) erwartet aus diesem Anlass von den Regierungen in Bund und Ländern ein klares Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit, so wie es am 14. April 2025 in Bezug auf Forschung, Lehre und internationale Mobilität in der „[Gemeinsamen Erklärung der Allianz der Wissenschaftsorganisationen und des BMBF](#)“ formuliert wurde – mit dem konkreten Ziel „allen Gefährdungen der Wissenschaftsfreiheit auch in Deutschland entschieden entgegenzutreten.“

Zwar steht die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland im [Europäischen Vergleich](#) seit Jahren sehr gut da. [Weltweit](#) jedoch hat sie zunehmend mit Einschränkungen zu kämpfen. Besonders schockierend ist in dieser Hinsicht die Entwicklungen in den USA – mit konkreten Folgen für Wissenschaftler:innen, Universitäten und Forschung. Die DGPUK unterstützt mit allem Nachdruck die Bemühungen US-amerikanischer Kolleg:innen und Universitäten sowie der Schwesterfachgesellschaft, der International Communication Association (ICA), um die Aufrechterhaltung der unabhängigen Forschung und des freien wissenschaftlichen Austauschs. Aber auch in Deutschland gibt es Beispiele politischer, wirtschaftlicher bzw. ideologischer Einflussnahme, die Fördergeld-Affäre im BMBF oder die Pläne der AfD, konkrete Studien- und Forschungsprogramme wie z.B. Gender Studies abzuschaffen. Auch die Antisemitismus-Resolutionen des Bundestages (u.a. „Nie wieder ist jetzt“) wurden in diesem Kontext kontrovers diskutiert: So hat die Hochschulrektorenkonferenz sie als „nicht nützlich“ für Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit bezeichnet und – auch bei besten Absichten – als mögliches Einfallstor für Einschränkungen und Bevormundung. Solche Eingriffe in die Freiheit der Forschung im allgemeinen und akademische Strukturen im Besonderen beschädigen wissenschaftliche Institutionen, fördern die Wissenschaftsskepsis und können der Demokratie langfristigen Schaden zufügen.

Aktuelle Auswertungen des [Academic Freedom Index](#) zeigen, dass Länder mit antipluralistischen Parteien in der Regierung deutlich umfassendere Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit aufweisen. Die Stärke antipluralistischer Parteien in der Opposition weist dagegen keinen Zusammenhang mit dem tatsächlichen Ausmaß der Wissenschaftsfreiheit auf. Umso wichtiger ist es daher, antipluralistischen Tendenzen entgegenzuwirken, um die Wissenschaftsfreiheit zu erhalten. Die DGPUK erwartet deshalb von der neuen Bundesministerin, wie im Koalitionsvertrag festgehalten, die Rückkehr zu einer ausschließlich an wissenschaftlichen Kriterien orientierten Förderpolitik und ein Eintreten für die Prinzipien der Wissenschaftsfreiheit im Inland wie im internationalen Raum.

Wissenschaftsfreiheit ist das beste Mittel gegen eine um sich greifende Wissenschaftsskepsis und zugleich ein Garant für eine evidenzbasierte wissenschaftliche Politikberatung, wie sie für die sachgemessene Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen unerlässlich ist.